

vorwärtsEXTRA

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES NORDRHEIN-WESTFALEN

NRW
SPD



FOTO: UTA WAGNER

Liebe Genossinnen und Genossen,

seit gut 100 Tagen regiert Rot-Grün nun wieder in Nordrhein-Westfalen. Eine erste Bilanz ist positiv: Zum zweiten Mal seit der Landtagswahl hat eine Wählerumfrage gezeigt, dass die Menschen hinter unserer Politik stehen. Wenn in NRW jetzt gewählt würde, käme Rot-Grün zusammen auf 54 Prozent der Stimmen.

Viele Vorhaben sind jetzt auf dem Weg – die Abschaffung der Studiengebühren ebenso wie die Einführung der Gemeinschaftsschulen. Unser wichtigstes Anliegen ist und bleibt: Wir wollen kein Kind mehr zurücklassen! Um dies zu erreichen, setzen wir auf eine Politik, die in Vorsorge investiert. Wir müssen die kommunalen Strukturen so ausrichten, dass Eltern viel früher – bereits vor der Geburt eines Kindes – begleitet werden. Das können sich Kommunen in schwieriger Haushaltslage bisher häufig nicht leisten. Auch deshalb werden wir unsere Städte und Gemeinden wieder handlungsfähig machen. Und wir haben den Mut, massiv in Bildung zu investieren. Hürden wie Gebühren bei Kitas und Hochschulen müssen abgebaut werden. Längeres gemeinsames Lernen, indivi-

duelle Förderung und kleinere Klassen gehören ebenso dazu wie ein kostenloses Mittagessen.

Klar ist: Investitionen in Vorbeugung werden teilweise schon in wenigen Jahren Erfolge zeigen, einige werden aber eine Generation brauchen bis sie sich auch finanziell auszahlen. Dennoch gibt es zu diesem Konzept keine Alternative. Eine gute Zukunft unseres Landes ist nur möglich, wenn wir mehr junge Menschen in NRW zu besseren Abschlüssen führen. Auch der notwendige Schuldenabbau kann nur über eine solche, auf Vorbeugung ausgerichtete Politik, realisiert werden.

Liebe Genossinnen und Genossen,

bisher gab es im Landtag sehr „bunte“ Abstimmungen. Wir werden weiterhin selbstbewusst unsere Inhalte zur Abstimmung stellen. Klar ist aber, dass wir nicht jede Abstimmung gewinnen werden. Als Minderheitsregierung sind wir darauf angewiesen, Mehrheiten zu suchen. Deshalb gehen wir auch offen auf die anderen Fraktionen zu. Interessant ist, dass es bei der Opposition bereits Veränderungen der politischen Positionen gibt. Bei der CDU sehe ich diese im Bildungsbereich, bei der FDP z.B. beim Thema Stichwahlen.

Anfang Dezember steht die Verabschiedung des Nachtragshaushaltes 2010 an, der allein auf die Kappe der Regierung Rüttgers geht. Mit dem Nachtragshaushalt finanzieren wir kein einziges rot-grünes Projekt, sondern wir stellen die Belastungen in den Haushalt ein, die die Vorgängerregierung wegen der Landtagswahl nicht berücksichtigt hatte. „Unsere“ Politik wird dann durch den Haushalt 2011 finanziell unterlegt, der im Frühjahr nächsten Jahres zur Abstimmung steht. Ich bin aber sehr zuversichtlich, dass wir auch diese Probe bestehen.

Eure Hannelore Kraft

HANNELORE KRAFT IST ERSTE BUNDESRATSPRÄSIDENTIN IN DEUTSCHLAND!

Am 15. Oktober 2010 wurde Hannelore Kraft während einer Bundesratssitzung zur Vorsitzenden der Länderkammer gewählt. Die Ministerpräsidentin von Nordrhein-Westfalen ist die erste Frau in diesem Amt, das turnusgemäß jedes Jahr im Herbst von einem anderen Länder-Chef übernommen wird. Bereits am 3. Oktober, während der Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit, hatte Jens Böhrnsen, Oberbürgermeister von Bremen, den „Staffelstab“ symbolisch an Hannelore Kraft übergeben.

Während ihrer Amtszeit hat Hannelore Kraft die Aufgabe, Sitzungen des Bundesrates vorzubereiten und zu leiten, aber auch den Bundespräsidenten zu vertreten, wenn dieser verhindert sein sollte.

Hannelore Kraft sieht ihrer Amtszeit mit Spannung entgegen: „Ich freue mich schon sehr auf die Arbeit als Bundesratspräsidentin. Vielleicht kann ich als Frau auch einige neue Ideen in das Amt mit einbringen.“ Vor allem gehe es ihr aber um eine Stärkung der Demokratie und der Parlamente, so die Regierungschefin aus NRW. ■



Jens Böhrnsen übergab am 3. Oktober das Amt des Bundespräsidenten an Hannelore Kraft.

© BUNDESRAT / FRANK BRÄUER 2010



Vorstandsitzung der UB Kreis Kleve und Erzgebirge im September 2006 in Gehringswalde im Erzgebirge mit Dr. Barbara Hendricks MdB, UB-Vorsitzende Kreis Kleve (3.v.r.), daneben Dr. Gisela Schwarz, Vorsitzende UB-Erzgebirge.

EINE ERFOLGSGESCHICHTE ZWISCHEN OST UND WEST

SEIT 20 JAHREN VERBINDET DIE UB KLEVE UND ERZGEBIRGE EINE ENGE PARTNERSCHAFT

Mit einem Festakt und einer Ausstellung feierte die SPD auf ihrem Bundesparteitag im September 20 Jahre Sozialdemokratie im vereinten Deutschland. Ein wichtiger Bestandteil dieser Erfolgsgeschichte sind die Ost-West-Partnerschaften einzelner SPD Ortsvereine bzw. Unterbezirke, die einen großen Beitrag zur Unterstützung und zur Etablierung der Sozialdemokratie in der ehemaligen DDR geleistet haben und immer noch leisten.

Insgesamt drei Partnerschaften aus NRW präsentierten sich auf dem Parteitag in Berlin: Neben den Ortsvereinen Oschatz und Lippestadt-Kernstadt sowie den Sozialdemokratischen Gemeinschaften für Kommunalpolitik (SGK) aus Brandenburg und Nordrhein-Westfalen waren auch die SPD im Kreis Kleve und die SPD Erzgebirge mit einem Informationsstand vor Ort, um über ihre mittlerweile 20jährige Zusammenarbeit zu berichten.

„Schon 1990 hat die Kreis Klever SPD intensiv mitgeholfen, die SPD im Erzgebirge zu unterstützen, denn die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der ehemaligen DDR mussten bei null anfangen“, erinnert sich Barbara Hendricks, Vorsitzende der Kreis Klever SPD und Schatzmeisterin der Bundes-SPD.

Bereits wenige Monate nach dem Fall der Mauer, am 8. Dezember 1989, hatte der Vorstand des UB Kreis Kleve beschlossen, Kontakt zu einem ländlich strukturierten Kreis aufzunehmen, um der dortigen SPD bei organisatorischen Fragen unter die Arme zu greifen. Im Rahmen der Ost-West-Partnerschaften wies der Bezirk Nieder-

rhein, der für den UB Sachsen verantwortlich war, dem UB Kleve drei Kreise in Sachsen zu. Damit war der Grundstein für die nun schon zwei Jahrzehnte andauernde Partnerschaft gelegt. Im Februar des Folgejahres wurde der Kreis Annaberg, heute ein kleiner Teil des UB Erzgebirges, großzügig mit Büroartikeln, Computern und Werbematerialien ausgestattet. Ein besonderes Geschenk stellte der neue Dienstwagen des damaligen UB Obererzgebirge dar. Mit besten Grüßen wechselte der wahrscheinlich einzige Trabbi von West nach Ost zum Vorstand des Unterbezirkes in den neuen Ländern. Bereits 1991 bewarben sich beide Unterbezirke für den Wilhelm-Dröschner-Preis und durften sich über die Auszeichnung mit dem 3. Preis für „Hervorragende Vertrauensarbeit“ freuen.

Im Laufe der Zeit entwickelte sich die Zusammenarbeit hin zu einer eher immateriellen: Die Vorstände tauschten sich rege untereinander aus, halfen sich bei der Vorbereitung von Wahlkämpfen und beim Knüpfen neuer Kontakte. „Ab einem bestimmten Zeitpunkt war klar, dass die Arbeit des UB Erzgebirges nun selber laufen muss und kann“, erzählt Thorsten Rupp, Geschäftsführer der UB Kreis Kleve. Neben Besuchen und dem fortwährenden Kontakt sei es besonders die Erfahrung, die die Partnerschaft nach wie vor so interessant mache. „Man stellt immer wieder fest, wie unterschiedlich die Strukturen der SPD in einem Land doch sein können und wie unterschiedlich auch die Menschen in einem Land sind. Besonders die eigenen Probleme erscheinen einem manchmal im Vergleich eher unwichtig. Das ist immer wieder sehr spannend zu erleben.“ ■

„ROT-GRÜN FUNKTIONIERT GUT!“

Interview mit Norbert Römer, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Düsseldorfer Landtag

Vorwärts: Du bist seit Mitte Juli, also ein gutes Vierteljahr, Chef der SPD-Landtagsfraktion – wie läuft's?

Norbert Römer: Gut. Wir haben eine motivierte Fraktion mit vielen neuen Abgeordneten, 30 von 67. Darunter viele junge Leute, die sich und neue Ideen einbringen. Hinzu kommt: Rot und Grün funktioniert gut. Keiner von uns beiden braucht sich zu bücken oder zu strecken, um dem anderen auf Augenhöhe zu begegnen. Das geht gut zusammen.

Vorwärts: Trotzdem ist es für die neue Landesregierung unter Hannelore Kraft und auch für die SPD-Fraktion ja eine ungewohnte Situation, Rot-Grün hat keine eigene Mehrheit im Parlament.

Norbert Römer: Wir haben zusammen 90 Stimmen, zur absoluten Mehrheit fehlt eine Stimme. Dennoch sind unsere 90 Stimmen ein dickes Pfund. Wir haben noch keine Abstimmung verloren. Mal war die CDU an unserer Seite, mal die FDP, auch die Fraktion „Die Linke“ hat schon mit uns gestimmt. Wenn wir mit „Ja“ gestimmt haben, war das Ergebnis „Ja“. Und wenn wir mit „Nein“ gestimmt haben, war das Ergebnis „Nein“. CDU, FDP und Die Linke müssten sich schon zusammenschließen, um gegen uns zu gewinnen. Das ist eher unwahrscheinlich. Einmal haben die drei Oppositionsfraktionen das in einer wichtigen Abstimmung bei der Festlegung der Höhe der Wohnraumförderung versucht – und sind gescheitert. Das alles macht uns zuversichtlich.

Vorwärts: Welche konkreten Projekte hat Rot-Grün denn bereits angepackt?

Norbert Römer: Wir haben Gesetzentwürfe zur Rettung der Stadtwerke eingebracht und zur Abschaffung der Studiengebühren. Wir helfen den Kommunen durch eine Umsetzung der Änderungen beim Sozialgesetzbuch II – Stichwort Wohngeld – und durch die Verbesserung der Gemeindefinanzierung. Wir haben die Wiedereinführung der Stichwahl bei den Bürgermeisterwahlen auf den Weg gebracht. Und nicht zuletzt haben wir erste Schritte zur Einführung der Gemeinschaftsschule unternommen. Das ist nicht gerade wenig für eine so kurze Zeit.

Vorwärts: CDU und FDP argumentieren, die neue Landesregierung würde ihre Politik nur mit Rekordschulden finanzieren. Was ist da dran?

Norbert Römer: Diese Rekordverschuldung von 8,9 Mrd. Euro ist einzig und allein das Ergebnis der Politik der abgewählten Landesregierung. Die Regierung Rüttgers hat finanzielle Risiken verschleiert, versteckt und verschoben. Wir decken das jetzt auf, damit Klarheit und Wahrheit in den Haushalt kommt. Mit dem Nachtragshaushalt 2010 finanzieren wir kein einziges rot-grünes Projekt, wir legen Parlament und Öffentlichkeit nur die Schlussabrechnung mit der schwarz-gelben Politik vor. ■



Der 63-Jährige Römer ist seit Juli 2010 Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion. Außerdem ist er Schatzmeister der NRWSPD.

WIR SCHAFFEN DIE STUDIENGEBÜHREN IN NORDRHEIN-WESTFALEN WIEDER AB!

Von NRW-Wissenschaftsministerin Svenja Schulze, Mdl



Die Abschaffung der Studiengebühren ist eines der zentralen Projekte der Landesregierung. Deshalb haben wir das Gesetz zur Abschaffung der Studiengebühren auch als eines der ersten Gesetze in den Landtag eingebracht. Im Haushalt, der im Sommer 2011 verabschiedet wird, stellen wir sicher, dass das Geld aus Studiengebühren in Höhe von 249 Millionen Euro den Hochschulen langfristig nicht fehlen wird. Die zuverlässige Kompensation dieser Mittel ist für die Landesregierung

eine Voraussetzung bei der Reform des Gesetzes, damit die Studierenden weiter von verbesserten Lehrbedingungen profitieren können, etwa von verlängerten Öffnungszeiten der Bibliotheken oder zusätzlichen Tutorien. Das Wintersemester 2011/12 wird dann das erste Semester wieder ohne Studiengebühren sein.

Gebühren schrecken ab

Oft sind es gerade finanzielle Probleme oder die Angst vor Schulden, die eine Entscheidung junger Menschen für das Studium verhindern. Der Bildungsbericht der Bundesregierung belegt: 68 Prozent der Befragten geben an, dass Studiengebühren ihre finanziellen Möglichkeiten übersteigen, bei Studienberechtigten aus Nicht-Akademiker-Familien sogar 73 Prozent. Und noch einen wichtigen Beleg gibt es: Nach den aktuellsten Zahlen nehmen nur 30 Prozent der Studienberechtigten in NRW in dem Jahr ein Studium

auf, in dem sie die Hochschulzulassung erworben haben. Bundesweit sind es immerhin 36 Prozent.

Geht studieren! Wir brauchen alle Talente

Der demografische Wandel und der Fachkräftemangel lassen keinen anderen Schluss zu: Unser Bundesland braucht alle Begabungen. Sie sind der Schlüssel für wirtschaftliche Stärke und Zukunftsfähigkeit, für Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit. Wir können es uns nicht leisten, dass viele Talente verloren gehen, die wir so dringend brauchen, um die Herausforderungen in der Zukunft zu meistern. Gerade bei jungen Frauen und Migranten gibt es noch eine Menge Potentiale. Deshalb auch mein Appell an alle: Geht studieren, schickt eure Kinder an die Hochschulen! Wir SozialdemokratInnen stehen dafür, dass Aufstieg durch Bildung endlich wieder möglich wird. ■

DIE NRWSPD GRATULIERT IM NOVEMBER...

... ZUM GEBURTSTAG

- 100 Jahre:** Gertrud Becker
Hildegard Gerhards
- 98 Jahre:** Hanne Böhmfeldt
Maria Fuenders
Ferdinand Köthe
Bruno Krueger
Margarete Lehr
- 97 Jahre:** Werner Bald
Martha Lange
Gustav Rohmann
Elfriede Scheuermann
- 96 Jahre:** Meta Freytag
Heinz Glunz
Johann Goldschmidt
Emilie Wall
August Wallin
- 95 Jahre:** Ilse Fischer
Hedwig Krusche
Friedrich Redmer
Frieda Schaefer

...ZUR LANGJÄHRIGEN MITGLIEDSCHAFT

- 65 Jahre:** Hans Berner
Karl-Heinz Bettinger
Wilhelm Husemann
Lilo Kassing
Walter Kastner
Ilse Neugebauer
Erna Schaumburg
Willi Stranghöner
Karl-Heinz Vogelsang
- 60 Jahre:** Eberhard Binnebesel
Ernst Dommasch
Karl-Heinz Lauterbach
Helene Rakowski
Günter Spitthoff
Hermann Venghaus
- 55 Jahre:** Ernst Freisberg
Dr. Gerhard Hesse
Liesel Hölschen
Rolf Hölschen
Werner Mester
Heinz Röhrich
Heinz Simon
Rosel Uszkoreit
- 50 Jahre:** Rudolf Balzuhn
Marlies Kersting
Wilhelm Redner
Walter Schmidt
Rudi Strunk



MICHAEL GROSCHEK:

NACHTRAGSHAUS- HALT IST SCHLUSSBI- LANZ FÜR ALTE LANDESREGIERUNG

Die SPD-geführte Landesregierung hat unter Ministerpräsidentin Hannelore Kraft einen Nachtragshaushalt für 2010 vorgelegt. Der Antrag ist bereits in den Landtag eingebracht worden und soll Anfang Dezember verabschiedet werden. Vorgesehen ist eine Neuverschuldung in 2010 um 2,3 Milliarden Euro auf 8,9 Milliarden Euro.

Wichtig ist: Mit dem Nachtragshaushalt finanzieren wir kein einziges rot-grünes Projekt. Die Mehrausgaben sind ausschließlich notwendig, um Versäumnisse im letzten Haushalt von Jürgen Rüttgers auszugleichen. Die alte CDU/FDP-Landesregierung hat im Wahlkampfjahr absehbare Risiken und Mehrausgaben verschwiegen, vertuscht und weggeschoben. Nur deshalb muss der laufende schwarze Haushalt durch einen Nachtragshaushalt ehrlich gemacht werden.

So muss die neue rot-grüne Landesregierung unter anderem die Finanzvorsorge für die Risikopapiere der WestLB um fast eine Milliarde Euro verdoppeln und mit einem Aktionsplan Kommunalfinanzen den Städten und Gemeinden über 600 Millionen Euro zahlen, die ihnen zustehen. Und sie wird beim U3-Ausbau die leeren Versprechen von CDU und FDP einlösen, für die sie kein Geld eingeplant hatten.

Daher ist der Nachtragshaushalt eine Schlussbilanz der Politik der alten Landesregierung. Eine Bilanz, die allein die Regierung Rüttgers zu verantworten hat. ■

FORUM EINE WELT SUCHT ENGAGIERTE MITSTREITER/INNEN

„Versöhnen statt Spalten“ – mit Johannes Rau bekam die Eine Welt Politik in Nordrhein-Westfalen neuen Schwung. Sie gilt es weiter auszubauen. Diesem Ziel sieht sich auch das **Forum Eine Welt (FEW) der NRWSPD** verpflichtet. Es geht darum, Globalisierung sozial und ökologisch zu gestalten, Gerechtigkeit zu schaffen, Armut zu bekämpfen und Frieden nachhaltig zu sichern. Im Forum vereinen sich engagierte Personen aus Politik, Wissenschaft, Nichtregierungsorganisationen, kirchlichen Organisationen und vielen anderen Bereichen, um für Ziele der Eine Welt Politik einzutreten.

Als sozialdemokratisches Forum berät das FEW die SPD in Fragen der Globalisierung, Friedens- und Entwicklungspolitik. Es bietet interessierten SPD-Mitgliedern (und auch Nichtmitgliedern) eine Plattform der Meinungs- und Willensbildung, um Initiativen auf den Weg zu bringen.

Es informiert über aktuelle Fragen der internationalen Politik und Entwicklungspolitik und führt dazu Veranstaltungen durch.

„Entwicklungszusammenarbeit ist für uns in der SPD eine Frage der Solidarität – aber auch im wohlverstandenen Eigeninteresse der Menschen in den Industrieländern“. Jeder ist aufgerufen, dazu beizutragen, dass die Gräben zwischen Arm und Reich überwunden und nicht weiter vertieft werden. „Solange andere Länder in Armut und Unsicherheit leben, wird auch unser Wohlstand nicht von Dauer sein.“, sagt Dr. Reinhard Hermlle, Vorsitzender des Forums Eine Welt NRW.

Wir suchen immer nach interessierten und engagierten MitstreiterInnen. Deshalb lädt das Forum Eine Welt alle Mitglieder ein, sich an der landesweiten Arbeit zu beteiligen, eigene Ideen und Anregungen aus Arbeitsgemeinschaften und Ortsvereinen aber auch als interessierte Privatpersonen mit einzubringen.

Kontaktperson im Landesbüro ist Katja Kleegräfe
(Katja.Kleegraefe@spd.de)



www.nrwspd.de



„DIE ZWEITE DEUTSCHE EINHEIT – ZEHN GEBOTE DER INTEGRATION“

POLITIK-CHEF DER SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG ZU GAST IN HERNE

Gerhard Schröder nannte ihn „den dritten Senat des Bundesverfassungsgerichts“, Edmund Stoiber bezeichnete ihn gar als seinen „Lieblingsfeind“. Prof. Dr. Heribert Prantl, Chef der Innenpolitik der Süddeutschen Zeitung, ist eine der wichtigsten links-liberalen Stimmen im deutschen Journalismus. Am **Sonntag, 14. November 2010**, spricht Prantl im Ruhrgebiet über „Die zweite Deutsche Einheit – Zehn Gebote der Integration“.

Die gemeinsame Veranstaltung des Herner SPD-Arbeitskreises „Eine bessere Welt“ und des „Eine Welt Zentrums Herne“ findet im **LWL Museum für Archäologie, Europaplatz 1, 44623 Herne, statt und dauert von 11:30 bis 13:30 Uhr**. Anmeldungen nimmt der SPD-Unterbezirk unter Telefon: 02323-949134 oder ub.herne.nrw@spd.de an. ■